

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigerpreise: Die Anzeigerpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu bestimmen. Für die Anzeigerpreise sind die Anzeigen zu bringen. Die Anzeigerpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu bestimmen. Für die Anzeigerpreise sind die Anzeigen zu bringen.

Belegpreise: Durch unsere Anzeiger sind die Anzeigerpreise zu bestimmen. Für die Anzeigerpreise sind die Anzeigen zu bringen. Die Anzeigerpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu bestimmen. Für die Anzeigerpreise sind die Anzeigen zu bringen.

Nr. 21

Freitag, den 25. Januar 1918

13. Jahrgang

Hertlings und Czernins Reden.

Eine Antwort an Lloyd George und Wilson. — Keine Preisgabe Elsaß-Lothringens. — Keine gewaltsamen Annexionen.

Die Reichskanzlerrede.

In der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages führte

Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling

aus: Meine Herren! Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschuss zu sprechen — es war am 3. Januar — standen wir, so schien es, vor einem in

Brest-Litowsk

eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalles in aller Ruhe abwarten sollten. Die Tatsachen haben dem auch Recht gegeben. Die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen, die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sie sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, welche diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Manchmal konnte in der Tat der Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerlei Funtzsprüche, welche durch die Welt gingen mit höchst seltsamem Inhalt könnten diesen Zweifel bestärken. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden. Günstiger standen unsere

Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine.

Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zu Abschlüssen zu kommen, die im beiderseitigen Interesse gelegen und nach der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein würden. Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am 4. Januar abends um 10 Uhr zu verzeichnen. Wie Ihnen allen bekannt ist, hatten die russischen Delegierten zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht, eine

Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer

zugeben zu lassen, sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen. Wir haben uns damals auf den Vorschlag eingelassen, unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 3. Januar des Abends um 10 Uhr war diese Frist verstrichen. Eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland und daß wir auch selbstverständlich an jene von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind. Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgiebig ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen,

zwei Rundgebungen feindlicher Staatsmänner

erfolgt, die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Vorklage des Präsidenten Wilson vom Tage danach. Ich erkenne gern an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat; er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angezwungene Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Heiterkeit.) Immerhin aber kann ich nicht soweit gehen, wie manche Stimmen aus dem neutralen Ausland, welche aus dieser Rede Lloyd Georges einen feindlichen Friedenswillen, ja sogar eine feindliche Gesinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erregte, er wollte Deutschland nicht vernichten. Er gewinnt sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirtschaftliche und kulturelle Stellung, aber dazwischen fehlt es doch auch nicht an anderen Neußerungen. Dazwischen hängt sich doch immer wieder die Auffassung auf, daß wir über das schuldige, aller möglichen Verbänden schuldige Deutschland Recht zu sprechen habe. Eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir von einem Friedenswillen noch nichts versprechen können. Wir sollen die Schuldigen sein, über welche die Entente nun zu Gericht sitzt! Das müßte mich, einen kurzen Rückblick auf die dem Kriege vorangegangenen Verhältnisse und Vorgänge zu werfen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal zu wiederholen. Nachdem der Reichskanzler die Entschädigung der von König Edwards Einkreisungspolitik geförderten feindlichen Mächtekoalition geschildert hatte, wandte er sich

Elsaß-Lothringen

zu, von dem auch jetzt wieder Lloyd George redet

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 25. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Poelcapelle und der Lys bei Lens und Leiderfelts der Scarpe lebte die Gefechtsstätigkeit am Nachmittag auf.

An verschiedenen Stellen der Front Erkundungsgesichte. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

als von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Elsaß-Lothringen umfasst beinahe zum größten Teil rein deutsche Gebiete, die durch Jahrhunderte lang fortgesetzte Vergewaltigungen und Rechtsbrüche vom Deutschen Reiche losgelöst wurden. Als wir nun im 1870er Krieg die uns freventlich entzogenen Landstrichen zurücklangten, war das nicht Eroberung fremden Gebietes, sondern recht eigentlich, was man heute Desannexion nennt, und diese Desannexion ist denn auch von der französischen Nationalversammlung mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden. Und auch in England sprach man damals ganz anders als heute. Der berühmte englische Historiker Thomas Carlyle schrieb im Dezember 1870: „Kein Land hat einen so schlimmen Nachbar wie in Deutschland während der letzten 400 Jahre an Frankreich bejaß. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dächte, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbar zu errichten, wo es Gelegenheiten dazu hat.“

Dann sprach der Reichskanzler über das Wilsonsche Friedensprogramm.

Er erkannte zunächst an, daß Wilsons Ton ein anderer geworden ist. Es ist nicht mehr die Rede von Unterdrückung des deutschen Volkes durch eine autokratische Regierung, und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt worden. Der Reichskanzler besprach dann die 14 Punkte des Wilsonschen Programms. 1. Es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Die Geschichte lehrt, daß wir uns am meisten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einverstanden erklären können. In dem 2. Punkte fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere im Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. In hohem Grade aber wichtig wäre es für die Freiheit der Schifffahrt in Zukunft, wenn auf die stark besetzten Flottenstützpunkte, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden und manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

3. Mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel, den überseeischen Handel einengen, sind wir durchaus einverstanden. Auch wir verurteilen einen Wirtschaftskrieg. 4. Der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung ist durchaus diskutabel. Ueber die vier ersten Programmpunkte könnte man also ohne Schwierigkeit zu einer Verständigung gelangen. Ich komme nun zum 5. Punkt: Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten. Die Durchführung des von Wilson aufgestellten Grundgesetzes wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls kann es zunächst dem größten Kolonialreiche, England, überlassen bleiben, wie es sich mit diesem Vorschlag seines Verbündeten abfinden will. Bei der unbedingt auch von uns geforderten Neugestaltung des Weltkolonialbestandes wird von diesem Programmpunkt feinerzeit zu reden sein. 6. Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Ententestaaten es abgelehnt haben, sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich im Namen der vier verbündeten Mächte eine nachträgliche Einmischung ablehnen. Diese Fragen gehen allein Rußland und die vier verbündeten Mächte an. Punkt 7: Die belgische Frage. Zu keiner Zeit während des Krieges hat die gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet. Die belgische Frage kann in ihren Einzelheiten erst durch die Friedensverhandlungen geordnet werden. 8. Befreiung des französischen Terri-

toriums. Die okkupierten Teile Frankreichs sind ein wertvolles Faustpfand in unserer Hand. Auch hier bildet die gewaltsame Angliederung keinen Teil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren. Von einer Abtretung von Reichsgebieten kann nie und nimmer die Rede sein. Das Reichsland, das sich immer mehr dem Deutschen Reiche angegliedert hat, das sich in höchst erfreulicher Weise wirtschaftlich immer mehr fortentwickelt, von dem mehr als 87 Prozent die deutsche Muttersprache sprechen, werden wir uns von den Feinden unter irgendwelchen schönen Hebensarten nicht wieder abnehmen lassen. (Lebhafte Bravo.)

9., 10. und 11. Italienische Grenzen, Nationalitätenfrage der Donaumonarchie, Balkanstaaten. Hier werden größtenteils die Interessen unseres verbündeten Oesterreich-Ungarn überwiegen. Wo deutsche Interessen im Spiel sind, werden wir sie auf nachdrücklichste wahren. Die treue Waffenbrüderschaft, welche sich im Kriege so glänzend bewährt hat, muß auch im Frieden nachwirken, und so werden wir auch unsererseits alles daran setzen, daß für Oesterreich-Ungarn ein Friede zustande kommt, welcher den berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt. 12. Türkei. Auch hier möchte ich unsern treuen, tapferen und mächtigen Bundesgenossen in keiner Weise vorgreifen. Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt sind wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reiches. Unser Verbündeter kann hier stets auf unseren nachdrücklichsten Beistand rechnen. Punkt 13: Polen. Nicht die Entente, sondern das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn haben die Polen vom zaristischen Regiment befreit, so möge man es auch Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die zukünftige Gestaltung dieses Landes zu einigen; wir sind durchaus auf dem Wege hierzu.

Der Völkerverband.

Der letzte Punkt behandelt den Verband der Völker. Ich setze jedem Gedanken sympatisch gegenüber, der die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Kriegen ausschaltet, und das friedliche und harmonische Zusammenarbeiten der Völker fördern will. Wenn alle anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden, ist die kaiserliche Regierung gerne bereit, einer Brückung der Grundlage eines solchen Völkerverbandes nahe zu treten. Der Reichskanzler fährt dann aus, daß bei unseren Feinden ein

ernstlicher Friedenswille nicht bemerkbar

ist. Unsere Gegner wollen Deutschland nicht vernichten, sie schließen aber begehrtlich nach Teilen unserer und unserer Verbündeten Länder, und immer wieder bringt die Auffassung durch, als seien wir die Schuldigen, die Buße tun und Besserung geloben müßten. So spricht immer noch der Sieger zu dem Besiegten. Von diesem Standpunkt, von dieser Auffassung sollen sich die Führer der Entente zuerst losmachen. Unsere militärische Lage war niemals so günstig wie jetzt. (Bravo.) Unsere genialen Heerführer sehen mit unermindelter Siegeshuberfüllung in die Zukunft. Durch die ganze Armee geht ungetrübene Kampfesfreude. Unsere wiederholt ausgesprochene Friedensbereitschaft, der Geist der Verbündlichkeit, daß

kein Freibrief für die Entente

sein, den Krieg immer weiter zu verlängern. Zwängen uns unsere Feinde hierzu, so haben sie die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen. Wenn die Führer der feindlichen Mächte also wirklich zum Frieden geneigt sind, so mögen sie ihr Programm nochmals revidieren. Wenn sie uns mit neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen, denn unser Ziel ist kein anderes als die Wiederherstellung eines dauernden allgemeinen Friedens. Dieser ist aber solange nicht möglich, als die Integrität des Deutschen Reiches, die Sicherung seiner Lebensinteressen und die Würde unseres Vaterlandes nicht gewahrt bleiben. Im Ziele, meine Herren, sind wir alle einzig (lebhafte Bravo), über die Methoden kann man verschiedener Meinung sein. Aber lassen wir jetzt alle diese Meinungsverschiedenheiten zurücktreten, gehen wir zusammen, Regierung und Volk, und der Sieg wird unser sein! Ein guter Friede wird